



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Polizei- und Militärdirektion
des Kantons Bern
Herr Regierungsrat Hans-Jürg Käser
Kramgasse 20
3011 Bern

Bern, 28. Juni 2017

Polizeigesetz (PoIG); Prüfung der Aufgabenübernahme in den Bereichen Verkehr, Veloparkierung und Littering

Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Der Gemeinderat dankt Ihnen für das Schreiben vom 8. März 2017, auf welches nachstehend Bezug genommen wird.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und der Stadt Bern mehrheitlich gut funktioniert. Das System der Einheitspolizei hat sich, obwohl unbestrittenermassen Nachteile bestehen, grundsätzlich bewährt. Er begrüsst deshalb das Vorhaben, die Übergangsbestimmungen so auszugestalten, dass der bestehende Ressourcenvertrag auch nach Inkrafttreten des neuen Polizeigesetzes Gültigkeit behält.

Die Stadt Bern kauft polizeiliche Leistungen im Umfang von ungefähr 32 Mio. Franken bei der Kantonspolizei ein. Dieser Beitrag ist ausserordentlich hoch und damit bedeutsam für die Kantonspolizei, woraus sich auch eine gewisse Sonderbehandlung für die Stadt Bern ergeben muss. Die vorgesehene Pauschalisierung der polizeilichen Interventionskosten sowie der Amts- und Vollzugshilfekosten führt zu einer sachgerechten, solidarisierten Kostentragung unter den Gemeinden. Für den Gemeinderat ist die Reduktion der Sicherheitskosten pro Kopf weiterhin die zentrale Forderung, an welcher kein Weg vorbeiführt.

Der Gemeinderat hat bereits im Rahmen der Vernehmlassungsantwort dargelegt, dass die vorgesehenen Änderungen im Bereich der Veranstaltungen für die Stadt Bern inakzeptabel sind. Dieser Problematik könnte indes mit angepassten Übergangsbestimmungen begegnet werden und gleichzeitig würden weiterhin jegliche polizeiliche Leistungen pauschal über den Ressourcenvertrag abgegolten. Die Weiterführung des geltenden Ressourcenvertrags nach Inkrafttreten des neuen Polizeigesetzes ist für den Gemeinde-

rat das Pièce de Résistance. Daher ist es zentral, dass die Übergangsbestimmungen, die eine solche Möglichkeit vorsehen, auch nach dem parlamentarischen Prozess noch Bestand haben.

Der Gemeinderat ist jedoch der Ansicht, dass einige Anpassungen am bisherigen Zusammenarbeitssystem und an der Abgeltung nötig sind, um einerseits eine bürgernahe und effiziente Polizei auch in Zukunft zu garantieren, und andererseits die finanzielle Belastung der Stadt Bern zu reduzieren. Für den Gemeinderat ist deshalb unter anderem essentiell, dass von den bisherigen Gesamtkosten für polizeiliche Leistungen gestützt auf den Ressourcenvertrag in Zukunft der Betrag der neu pauschalisierten Kosten, in der Stadt Bern momentan ungefähr 2.44 Mio. Franken, abgezogen wird. Ausserdem sind Instrumente oder Verfahren zu vereinbaren, um bestimmte polizeiliche Vorfälle politisch aufarbeiten zu können.

Der Gemeinderat zieht weiter in Betracht, dass gewisse Kompetenzen, insbesondere im Verkehrsbereich, von der Kantonspolizei wieder zur Stadt zurückverlagert werden. Er bedankt sich für die entsprechenden Erläuterungen aus Ihrem Schreiben vom 8. März 2017. Da die Antworten auf die meisten Fragen der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie eher allgemein und ohne quantitative Angaben gehalten sind, erachtet es der Gemeinderat als notwendig, dass die Gespräche und Abklärungen in diesem Bereich weiter vertieft werden. Ein Verzicht auf die Aufgabenübernahme der Stadt Bern betreffend Kontrolle des ruhenden sowie Überwachung des rollenden Verkehrs setzt für den Gemeinderat voraus, dass mit der Stadt Bern wirksame Instrumente vereinbart werden, damit sie mehr Einfluss auf die Kontrolltätigkeit der Kantonspolizei im Verkehrsbereich nehmen kann.

Bereits fest steht für den Gemeinderat, dass er eine Aufgabenübernahme im Bereich der strafrechtlichen Massnahmen gegen falsche Veloparkierung anstreben möchte. So führt die Kantonspolizei heute in Eigenregie Velo-Abräumaktionen z.B. rund um den Hauptbahnhof Bern durch. In Zukunft soll diese Kompetenz der Stadt übertragen werden. Ausserdem ist der Gemeinderat erfreut, dass betreffend der Litteringvereinbarung eine längerfristige Einigung erzielt werden konnte.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass in den angesprochenen Bereichen ausgewogene und praktikable Lösungen gefunden werden können, die in beidseitigem Interesse liegen. Er hofft denn auch auf eine weiterhin konstruktive und zielgerichtete Zusammenarbeit.

Freundliche Grüsse



Alec von Graffenried
Stadtpräsident



Dr. Jürg Wichtermann
Stadtschreiber